



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

COVID-19 hat unser aller Leben verändert. Plötzlich müssen wir neue Wege gehen und Probleme auf ganz andere Art und Weise schnell lösen. Niemand kann uns sagen, wie es weitergehen wird. In dieser Situation bin ich sehr froh, hier in Deutschland und hier in Baden-Württemberg zu leben. Es läuft zwar nicht alles rund (wie auch – in einer solchen Krise), doch wie sich die Verantwortlichen und die Bürgerinnen und Bürger engagieren ist ermutigend und sehr beruhigend. Der Blick auf andere Länder (vielfach mit populistischen Machthabern) zeigt, dass es auch ganz anders laufen kann.

Zwar stehen wir Veränderungen meist skeptisch gegenüber, aber zum Glück ist die Spezies Mensch auch sehr anpassungsfähig. So ist die aktuelle Situation für viele von uns schon „Normalität“ und neue Lösungen und Wege werden ausprobiert und etablieren sich. In unserem Kreisverband sind alle Veranstaltungen bis Ende Mai abgesagt. Doch auch bei uns geht es weiter: Unsere Vorstandssitzungen finden nun per Videokonferenz statt.

Doch genug von Corona. In dieser Ausgabe der Grüns haben wir wieder viele verschiedene Themen für euch zusammengestellt. Martin berichtet von seiner erneuten Kandidatur für den Landtag, Frank vom Vorhaben „Rettet die Biene“ und Ana – wie immer – aus dem Gemeinderat Heidenheim. Nehmt euch etwas Zeit, vergesst den Alltag und genießt unsere neue Ausgabe der GRÜNS!

Ich wünsche euch allen viel Kraft und Gesundheit in diesen ungewöhnlichen Tagen! Gebt aufeinander acht und denkt immer wieder daran, wie gut es uns – trotz Krise – geht!

Euer

M. Coudasch

Martin Grath tritt erneut zur Landtagswahl an

Lieber Martin, schön, dass Du Zeit für ein Interview findest. Weshalb wirfst Du Deinen Hut erneut in den Ring?

Wir haben mit der Grünen Fraktion schon viel für die Menschen und unser Land erreicht und wir haben noch einiges vor.

Was gefällt Dir an den Aufgaben des Landtagsabgeordneten?

Ich sehe jeden Tag: Die Welt lässt sich tatsächlich verändern. Für die halbe Welt ist Baden-Württemberg vorbildhaft. Das einzige Land mit einem Grünen Ministerpräsidenten.

Wie schaffen wir es in Zeiten von Corona, Klimawandel, Artensterben, der Flucht vieler Menschen und Verkehrskollaps, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen? Wie schaffen wir es, den wirtschaftlichen Erfolg vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln? Wir müssen das schaffen! **Und daran darf ich als Landtagsabgeordneter aktiv mitarbeiten. Das ist schon was ganz Besonderes!**

Was waren – in Stichworten – Deine größten politischen Erfolge in den vergangenen Jahren?

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg wurde gestärkt. Die Meister- und Meistergründungsprämie wurden eingeführt. Der Landkreis Heidenheim und angrenzende Gebiete im Ostalbkreis sind nun Bio-Musterregion. Der Digital Hub Ostwürttemberg wurde geschaffen.

Das Projekt „Frauen im Handwerk“ wurde gegründet. Die Fraktion Grüne des Landtags hat in Heidenheim ihre Klausur abgehalten, verbunden mit einem Bürgerdialog. Die Elser-Gedenkstätte wird gefördert. Die Planungen für den Neubau eines Erweiterungsbaus für die Duale Hochschule Baden-Württemberg sind angestoßen (zweiter Würfel). Der Fraktionsvorsitzende besuchte schon zwei Mal den Landkreis, ebenso wie Landtagskolleginnen und -kollegen. Es fand eine Klausur des Arbeitskreises Wirtschaft und des Arbeitskreises Ländlicher Raum im Wahlkreis Heidenheim im Austausch mit Betroffenen statt. CoWorking- und Makerspace Dock 33 fand in HDH statt. Erstmals gibt es ja einen Handwerkspolitischen Sprecher der Fraktion der Grünen im Landtag. Damit wurde das



Handwerk und der Mittelstand landesweit im Sinne eines grünen Themas gestärkt: ohne Handwerk keine Energiewende. Das Positionspapier Handwerk wurde erarbeitet. Modellprojekte „Mehr Bio in der Außer-Haus-Verpflegung“ (Schu-

len, Krankenhäuser, öffentliche Einrichtungen, usw.).

Wow, da ist ja ganz schön was passiert. Dein Beruf ist extrem anstrengend und zeitaufwändig. Wie hältst Du Dich fit?

Ich laufe jeden Tag 10.000 Schritte und mache täglich 30–120 Liegestützen. Morgens trinke ich einen Liter Grünen Tee – was sonst (lacht). Alle Termine, die weniger als 10 Kilometer weit weg sind, versuche ich mit dem Fahrrad zu erreichen. Und zum Ausgleich betreibe ich Bogenschießen – das tut meiner Seele gut.

Was möchtest Du – in Stichpunkten – im Kreis noch alles anpacken?

Die Brenzbahn muss teilweise zweigleisig werden. Weiterer Ausbau der Bio-Außerhaus-Verpflegung. Der Archäopark

braucht Förderung. Der DHBW-Campus muss zur Baureife gebracht werden. Die Gemeinschaftsschulen brauchen weiterhin Unterstützung.

Was möchtest Du – in Stichpunkten – auf Landesebene noch alles anpacken?

Neben Klimaschutz, Artenvielfalt, Wohnen, Energiewende, Lärmschutz ist mir die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Chancengleichheit in allen Bereichen ganz wichtig.

Was hältst Du derzeit für die größten Herausforderungen?

Aktuell müssen wir die Corona-Krise gut meistern, dabei wirtschaftlich stabil bleiben und vor allem unsere Umweltpolitik im Fokus behalten. Es wird kompliziert unsere Wälder und unser Klima zu schützen. Weiterhin müssen wir unseren CO₂-Ausstoß reduzieren und die

Mobilitätswende vorantreiben. Und wir müssen Landwirtinnen und Landwirten eine Perspektive geben!

Was hältst Du für die größte Herausforderung der Zukunft?

Die Klimakatastrophe wird uns noch sehr lange beschäftigen. Wir haben schon jetzt (im April) wieder große Trockenheit im Land, obwohl es gefühlt die ersten beiden Monate des Jahres ständig geregnet hat. Der Kampf um Trinkwasser wird ein Kernthema der Zukunft sein. Wir müssen den Menschen in aller Welt Perspektiven in ihren Heimatländern geben, damit sie dort ein menschenwürdiges Leben führen können!

Dein größter Wunsch für die Zukunft?

Die Welt für unsere Kinder sooo (dehnt das »o«) zu hinterlassen, wie wir sie gerne vorgefunden hätten!

Das Interview führte Johannes Paus

Margit Stumpp, MdB zur aktuellen Lage

Das alles beherrschende Thema war und ist die Bewältigung der Corona-Krise. Viele Anfragen waren zu bewältigen. Es ist ein Zeichen des Vertrauens, dass viele Sorgen und Befürchtungen bei uns Abgeordneten angekommen sind und ich hoffe, dass die vielen Gespräche zur Klarheit und Beruhigung beitragen konnten.

Daneben geht und ging der politische Alltag weiter. Auch wenn vieles unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung läuft, müssen Themen bearbeitet werden. Die Wahlrechtsreform drängt, die Bewältigung der Klimakrise muss an Fahrt gewinnen, ebenso die Gewährleistung von Bildungsgerechtigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Klar ist, wir dürfen nach Bewältigung der Pandemie nicht einfach zur bisherigen Normalität zurückkehren. Denn gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zumeist aus wirtschaftlichen Gründen hingenommen haben. Das müssen wir korrigieren: Lieferketten für kritische Güter, Organisation unseres Gesundheitssystems, Ökologisierung unseres Wirtschaftens und unserer Lebensweise.

Krise solidarisch bewältigen

Nach und nach hat der Großteil der Menschen begriffen, dass die Kontaktbeschränkungen dringend notwendig sind,

wenn wir unser Gesundheitssystem nicht überfordern, die Erkrankungs- und Sterberaten eindämmen und möglichst bald wieder in ein lebendiges gesellschaftliches Leben zurückkehren wollen. Die Appelle an die Solidarität der Menschen haben gefruchtet. Das ist ein gutes Signal für das Funktionieren unserer offe-

nen und liberalen Gesellschaft.

Europa enttäuscht

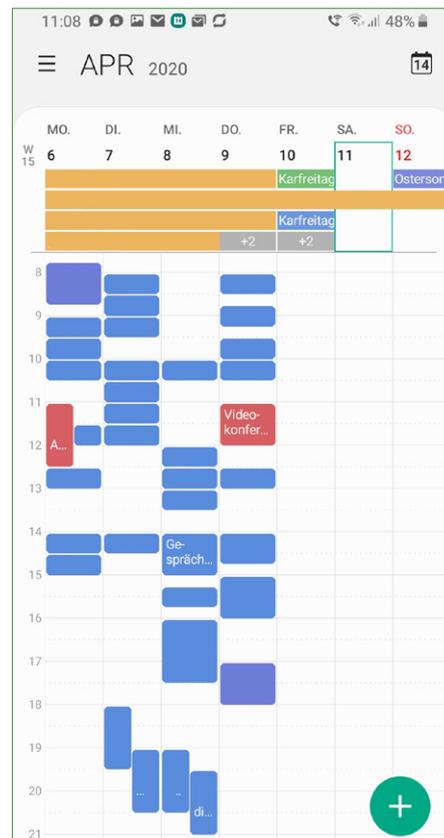
Auf europäischer Ebene funktioniert der Zusammenhalt weit weniger. Orban nutzt die Krise ungeniert, um in Ungarn den Notstand auszurufen und eine Diktatur zu etablieren. Auch in Polen, Bulgarien und Slowenien nehmen antidemokratische Tendenzen zu. Enttäuschend ist das Ausbleiben einer Reaktion der übrigen EU-Staaten darauf.

Auch innerhalb der demokratietreuen Mitglieder mangelt es an Solidarität. Das Ansehen insbesondere Deutschlands hat massiv gelitten, weil Italien in größter Not erst Beistand erfahren hat, als Hilfe von Seiten Chinas und Russlands eingetroffen ist.

Das Gezerre um die Aufnahme von Kindern aus den völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ist ein Armutzeugnis. Das Agieren der Kommission gleicht einem Trauerspiel.

Politische Arbeit in Zeiten der Pandemie

Auch mein Alltag hat sich rapide verändert. Sämtliche Präsenztermine sind buchstäblich aus dem Kalender gefallen. Für kurze Zeit war er fast leer, aber tatsächlich nur kurz! Binnen weniger Tage war er wieder rappellvoll, die Präsenztermine wurden durch Telefon- bzw. Videokonferenzen ersetzt (Kalenderauszug).



Digitale Infrastruktur

Ich arbeite seit Beginn der Legislatur an Themen, die auch in der Krise zentral diskutiert werden. Dazu gehört die Digitalisierung in der Bildung, für Schulen und Schulträger unter diesen Umständen ein brennendes Thema.

Strukturwandel bei Medien

An Fahrt aufgenommen hat auch der Strukturwandel der Medienlandschaft, die durch Digitalisierung, Medienkonzentration und überbordende Desinformation geprägt ist. Diese muss sich gerade bei wegbrechenden Einnahmen beweisen. Wie wir Medienvielfalt und Qualitätsjournalismus als wichtige Säulen einer offenen, liberalen Demokratie sichern, ist eine komplizierte Frage, an deren Lösung wir weiterhin arbeiten.



Homeoffice und Homeschooling

Von heute auf morgen wurden aufgrund der notwendigen Kontaktbeschränkungen viele Lebensbereiche nach Hause verlagert: home office, home schooling... Gleichzeitig haben viele online-Aktivitäten noch zugenommen, vom Einkaufen bis zum Streamen.

Das zeigt: Ohne Digitalisierung wären die Einschränkungen noch drastischer gewesen. Aber dort, wo die digitale Infrastruktur ohnehin unzulänglich ausgebaut ist, war sie heillos überlastet.

Wenn selbst bei einem Webmeeting mit reiner Audioübertragung die Äußerungen der Anderen kaum zu verstehen sind, der Firmenserver über Stunden nicht erreichbar ist und eine simple Mail nur im Schnecken tempo durchkommt, zeigt dies, dass der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur eine der dringendsten Aufgaben ist, um Teilhabe zu gewährleisten.

Dazu habe ich während der Legislatur schon mehrfach Anträge gestellt, den letzten im Januar dieses Jahres: Mobilfunk

als Daseinsvorsorge, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/165/1916518.pdf>

Die weißen Löcher

Die Mobilfunkversorgung in Deutschland gleicht immer noch einem Flickenteppich. Die für Netzbetreiber attraktiven Regionen sind parallel von allen Anbietern ausgebaut worden. Dagegen liegen abgelegene Gegenden immer noch im Funkloch. Unzureichende Anforderungen für die Versorgung seitens der Bundesregierung bei der letzten Versteigerung neuer Frequenzen, eine halb durchdachte Mobilfunkstrategie mit einer fraglichen Infrastrukturgesellschaft und ein überforderter Verkehrsminister werden die republikweit über 4.000 „Weiße Flecken“ nicht auflösen.

Um die Funklöcher tatsächlich zu schließen, bedarf es einer staatlichen Anordnung der Versorgung in diesen Gebieten. Außerdem muss sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass der EU-Kodex Telekommunikation angepasst und neben Breitband-Internet auch Mobilfunk in die Universaldienstverpflichtung aufgenommen wird. Bis es soweit ist, sollte Mobilfunk als „zusätzlicher Pflichtdienst“ neben dem Universaldienst angeordnet und in der nächsten Telekommunikationsgesetz-Änderung festgeschrieben werden. Dann kann der Bund den Ausbau in unterversorgten Gebieten anordnen, statt auf die Anreizwirkung von Fördergeldern zu hoffen. Dass Förderprogramme oft nicht den gewünschten Effekt haben, zeigt das Bundesförderprogramm Breitband. Dort verschimmeln seit Jahren Mittel im Fördertopf. Kommunen geben immer häufiger ihre Förderbescheide zurück. Ein leistungsfähiges Mobilfunknetz mit einem schnellen mobilen Internetzugang gehört heutzutage zur Grundversorgung.

Gesundheitsvorsorge bei Mobilfunk

Trotz der Dringlichkeit des Ausbaus dürfen Fragen der Gesundheitsvorsorge nicht vernachlässigt werden. Deswegen fordern wir, umgehend die „weißen Flecken“ im LTE-Netz (4G) zu schließen. Die Frequenzen dafür wurden rund 70 Jahre

lang für das analoge Fernsehen genutzt. Während dieser Zeit wurden keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen festgestellt. Bei den hochfrequenten Anwendungen für 5G (z.B. 26 GHz) ist die Studienlage immer wieder Gegenstand der Diskussion; deswegen fordern wir, die Auswirkungen des hochfrequenten 5G-Bereichs mit weiteren Studien zu untersuchen. Um die Diskussionen darüber zu versachlichen, habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Bettina Hofmann, Sprecherin für Umweltgesundheit, eine kleine Anfrage zur Studienlage eingereicht. Die Antwort findet ihr hier: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/179/1917939.pdf>

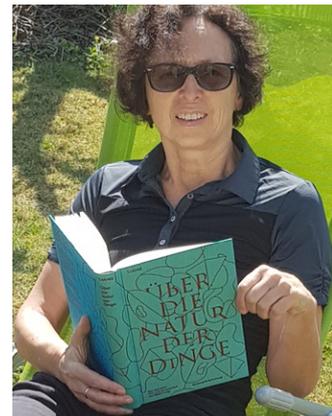
Sichere Speicher

Bedarfsgerechte digitale Infrastruktur ist heutzutage Teil der Daseinsvorsorge. Dazu gehören nicht nur die digitalen Netze selbst, sondern auch die Cloud-Speicher. Für Datenschutz und Datensicherheit ist es dabei essenziell, dass sich diese Zentren im europäischen Rechtsraum befinden. Für die Netzlast ist zudem eine dezentrale Struktur von Vorteil, damit die Wege der Datenpakete möglichst kurz sind.

Und noch ein Aspekt: Wem gehören die Rechenzentren? Im Moment dominieren Google und Co. den Markt. Nicht auszudenken, wenn ein gewisser Egozentriker auf die Idee kommt, auch hier „America first“ durchzusetzen!

Der Wert des Analoges

Das Analoge hat nach wie vor seinen Wert. Mein Favorit für eine analoge Auszeit ist ein gutes Buch! Unter #zuhauselchallenge gibt es dafür viele Tipps. Hier ist meiner: Philosophie ist Balsam für die Seele. Der Titel dieses Buches hat mich neugierig gemacht: Über die Natur der Dinge. Dieser Text von Lukrez, über 2000 Jahre alt und von Klaus Binder neu übersetzt, wurde sorgfältig gestaltet und hochwertig gebunden. Deswegen ist das Buch eine Freude sowohl für den Geist, als auch für die Augen. Ein besonderes Buch gerade für diese besonderen Zeiten!



Bürgerdialog mit Grünen-Landtagsfraktion und -Ministern in Heidenheim



Bürgerdialog mit Ministern und Fraktion im Congress Centrum

Das Foyer in zartem, grünem Licht getaucht, grüne Luftballons, freundliche Atmosphäre, der Blick in fröhliche Gesichter im vollbesetzten Congress Centrum Heidenheim. Menschen, wohin man blickt. Kleine Grüppchen, lockere Gespräche, Junge und Alte, Geschäftsleute und Arbeiter, Konservative und Alternative, angenehme Stimmung und leichte Neugier. Alle waren gekommen, um diese einmalige Gelegenheit wahrzunehmen: Auge in Auge mit den prominentesten und sympathischsten Politikern, die das Land zu bieten hat, ins Gespräch zu kommen. Verlockend für manche auch die Gelegenheit, dem beliebten Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann persönlich die Hand schütteln zu dürfen (ja, so was ging in Vor-Corona-Zeiten) – und vielleicht ein Selfie davon machen zu können. Andrea Lindlohr, unsere ehemalige Betreuungsabgeord-



nete, führte lebhaft durchs Programm.

Die Redner des Abends waren: Oberbürgermeister Bernhard Ilg, als Hausherr, Andreas Schwarz als Fraktionsvorsitzender und Martin Grath, der sowohl die Rolle des Gast-

gebers gab, als auch die für Heidenheim wichtigen grünen Themen platzierte. Höhepunkt war zweifellos der Auftritt des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Er sprach größtenteils frei und flocht eigene persönliche Erlebnisse ein. Einzelne Passagen wurden mit tosendem Applaus belohnt. Die dramatische Lage der Landwirtschaft illustrierte er mit seinem, in leichtem „Kretschmann-Dialekt“ gesprochenen, Satz: „Eine Ökobäuerin aus dem Schwarzwald hat für ihr Kalb zehn Euro

bekommen. Das ist ja weniger als ein Kanarienvogel kostet. Das kann nicht funktionieren.“ Ja, dieser Mann begeistert die Menschen und macht seine politischen Ideen für alle nachvollziehbar.

Danach ging's zum echten Dialog an elf Thementische. Diesen waren mit Fachleuten der verschiedenen Ressorts treffend besetzt. Jede und jeder konnte Fragen stellen, Anliegen vorbringen und Lösungsvorschläge anbieten. Direkter kann man Demokratie nicht leben. Ein lohnender Abend für alle Beteiligten. Falls Ihr nun das Gefühl habt, dass – seit Martin Grath in Stuttgart ist – Heidenheim auf Landesebene eine ganz neue, höhere Aufmerksamkeit genießt, so habt Ihr vollkommen recht. Offenkundig sind es nicht nur die Backwaren, die Martin innerhalb der Fraktion so beliebt machen, sondern vor allem seine unkomplizierte, humorvolle aber dennoch verbindliche Art. Wie sonst wären die vielen Veranstaltungen und die Dichte der Gäste aus der Grünen Fraktion in Heidenheim zu erklären.

2017 fand der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen im Congress Centrum statt, seither waren viele Grüne Minister und Landtagskolleginnen und -kollegen zu den verschiedensten Anlässen vor Ort. Klausuren der Arbeitskreise wurden in Heidenheim abgehalten und Cem Özdemir kam privat, um mit Martin zu wandern. Und zuletzt fand vom 14. bis 16. Januar 2020 die Fraktionsklausur in Heidenheim statt. Diese gipfelte für die Öffentlichkeit im Bürgerdialog bei zartem grünem Licht.

Neuzugang im Wahlkreisbüro von Martin Grath

Es ist für viele kein Geheimnis mehr: Johannes Paus ist seit 1. April 2020 der neue Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Martin Grath.



Die meisten von Euch kennen ihn. Er ist seit 2012 Regionalgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen für Ostwürttemberg und war seither bei fast jeder Kreisvorstandssitzung anzutreffen.

Johannes ist 50 Jahre und seit 17 Jahren mit seiner Partnerin Martina zusammen. Vier erwachsene Kinder machen die muntere Patchworkfamilie komplett. In seiner Freizeit musiziert, philosophiert und fotografiert er für sein Leben gern.

Johannes hat mehrere Ausbildungen: Er ist ausgebildeter Typograph, Mediengestalter, Buchhersteller, Vollkaufmann und Rhetoriktrainer. Die letzten 17 Jahre war er in der Geschäftsleitung ver-

schiedener Medienhäuser. Nun möchte er seine Erfahrungen und Begabungen in Vollzeit für die Ziele und Werte der Grünen einsetzen.

Dazu Martin Grath: „Ich kenne Johannes seit vielen Jahren und freue mich, dass er endlich diesen Schritt getan hat. Er wird unser Team im Wahlkreisbüro bereichern. Für die vielfältigen Aufgaben bringt er genau die richtigen Qualifikationen mit. Johannes ist ab sofort zusammen mit Erika, Silvia und Marco Euer Ansprechpartner im Wahlkreisbüro für alle eure Fragen, Anliegen und Anregungen.“

Wahlkreisbüro Martin Grath

Was ist aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ geworden?

Das Volksbegehren in Baden-Württemberg „Rettet die Bienen“ wurde von zwei Imkern und vielen unterstützenden Verbänden im Mai 2019 beantragt, im Juli auf der Basis von über 35.000 Unterschriften zugelassen und am 24. September 2019 auch gestartet.

Aktuell hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg in seiner Sitzung vom 17. März 2020 den Entwurf des Ge-

setzes zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes, mit dem das Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung des Volksbegehrens Artenschutz „Rettet die Bienen“ gesetzlich umgesetzt werden soll, zur Anhörung freigegeben. Die Anhörung läuft noch bis zum 28. April 2020.

Dieses Eckpunktepapier entstand im Oktober 2019 als die Initiatoren von „proBiene“ ein Verhandlungsangebot der Landesregierung über einen alternativen Gesetzentwurf angenommen und die Unterschriftensammlung ausgesetzt haben. Mit der Landesregierung und mehr als 30 Verbänden aus Baden-Württemberg wurde der Gesetzentwurf erarbeitet und das Volksbegehren im Dezember 2019 auf Eis gelegt.

Zum Eckpunktepapier äußerte sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Die Landesregierung hat den Weg für die Novellierung des Naturschutz- und des Landwirtschaftsrechts geebnet. Ziel ist, wirksame Rahmenbedingungen zu schaffen, um die wertvolle Pflanzen- und Tierwelt unserer Kulturlandschaften zu erhalten. „Mit den heute beschlossenen Eckpunkten greifen wir die Forderungen

des Volksbegehrens auf und entwickeln sie weiter. Um den Schwund von Arten einzudämmen, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung“

Der vorliegende Gesetzentwurf vom März 2020 ist der Entwurf eines „Biodiversitätsstärkungsgesetz“, das als Änderungsgesetz für das Naturschutzgesetz und das Landwirtschaftsgesetz konzipiert ist. Der Entwurf hat gegenüber der am

18. Dezember 2019 im Rahmen des runden Tisches vorgestellten Fassung nur wenige formale Änderungen erfahren.

Dazu meint Umweltminister Franz Untersteller: „Die novellierten Gesetze sind zukunftsweisend. Wir bringen Naturschutz und Landwirtschaft näher zusammen, und wir stärken gleichermaßen sowohl biologische Vielfalt als auch bäuerliche Landwirtschaft. Wir müssen zu einem neuen Miteinander von Naturschutz und Landwirtschaft kommen. Die biologische Vielfalt von Pflanzen und Tieren ist unser aller Lebensgrundlage. Wir müssen sie schützen und erhalten. Die Bäuerinnen und Bauern sind die natürlichen Partner dabei.“

Die vorliegenden Gesetzesnovellen seien ein gutes Beispiel dafür, wie unterschiedliche Interessen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft ausgeglichen werden könnten und eine Partnerschaft aussehen könne, so Untersteller. „Ich finde, uns ist etwas sehr Gutes gelungen – Politik, Naturschutz und Landwirtschaft gemeinsam.“

Landwirtschaftsminister Hauk sagt dazu: „Durch unseren Gesetzesvorschlag sollen nun in den bestehenden Gesetzen notwendige Ergänzungen und Anpassun-

gen vorgenommen werden. Grundlage unseres Vorschlags sind die in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeiteten Eckpunkte zur Stärkung der Biodiversität, die wir im weiteren Gesetzgebungsverfahren als wichtige Leitplanken betrachten“.

Die gemeinsam von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium erarbeiteten Eckpunkte sind eine sehr gute Basis um dem Grundanliegen des Volksbegehrens zum Artenschutz gerecht zu werden. Dabei sind für den Ausbau des ökologischen Landbaus und die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln realistische Ziele formuliert worden. Bei den anzugehenden Maßnahmen sind alle - nicht nur die Landwirtschaft sondern auch Kommunen und Privatpersonen – aufgefordert, etwas für den Artenschutz zu tun.

Frank Schied, Fraktionsvorsitzender, Grüne und Unabhängige im Kreistag Heidenheim

Eckpunkte zum Schutz der Insekten in BW

(Landesregierung Okt. 2019, Abschluss 18.12.2020)

- (1) Erhalt der Artenvielfalt als gesetzliches Ziel
- (2) Ausbau des Biotopverbundes sowie Erhalt und Ausbau einer vielfältig strukturierten Landschaft als Lebensraum für eine artenreiche Flora und Fauna
- (3) Die Pflege und die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen wird gestärkt
- (4) Konsequenter Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft
- (5) Schutzwirkung der Schutzgebiete für Pflanzen und Tiere effektiv gestalten
- (6) Der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel wird bis 2030 um 40 % bis 50 % in der Menge reduziert
- (7) Ausbau des Anteils der ökologischen Landwirtschaft auf 30- 40% bis zum Jahr 2030
- (8) Verbot aller chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel in Privatgärten
- (9) Artenschutz in Städten und Siedlungsbereichen
- (10) Wissensvermittlung und Forschung
- (11) Einrichtung eines Dialogforums Landwirtschaft und Naturschutz
<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/ministerrat-gibt-gesetzentwurf-zur-aenderung-des-naturschutzgesetzes-und-des-landwirtschafts-und-land-2/>



Foto: Günter Friedmann

Warum wir auch über Gerechtigkeit reden müssen

Viele Grüne erinnern sich an die BT-Wahlschlappe von 2013 nach einem steuerpolitisch prägnant geführten Wahlkampf. Inzwischen hat sich die Schere zwischen Arm und Reich, was sowohl Einkommen als auch Vermögen betrifft, weiter verschärft. Wir sollten aber gerade jetzt, wo die Bundesregierung mit vielen Milliarden Euro jongliert, aus der Zurückhaltung in Fragen der Fiskalpolitik heraustreten und wieder eindeutiger Stellung beziehen und den sozialen Ausgleich im Blick haben.

Deutliche Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen sind schlecht. Sie zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Gefühl, in einem Gemeinwesen zu leben, das man grundsätzlich akzeptieren kann, gerät unter die Räder.

Die sich abgehängt wahnenden Menschen entfalten ein für die Demokratie gefährliches Protestpotenzial. Hass zerstört jegliches Vertrauen. Ein Mindestmaß an Vertrauen ist aber für ein gedeihliches Zusammenleben unabdingbar.

Menschen mit hohem Einkommen und hohem Vermögen mieten oder kaufen den Wohnungsmarkt leer. Reiche Menschen und Gesellschaften eignen sich landwirtschaftliche Flächen an, um damit hohe Renditen zu erzielen. Damit verknappen sie nicht vermehrbare Güter.

Je mehr Mittel die Wohlhabenden und Superreichen zur Verfügung haben, desto mehr werden sie auch versuchen, durch Lobbyismus diesen Sta-

tus zumindest zu erhalten oder diesen gar auszuweiten.

Reiche Menschen versuchen konsequent, die ohnehin nicht allzu hohen Steuern in Deutschland zu umgehen. Dafür gibt es im Inland Steuersparmodelle oder durch Kapitaltransfer Möglichkeiten im Ausland. Dem Staat entgehen so Milliarden. Die Methoden mögen legal sein, moralisch sind sie nicht.

Krass ist, wenn begüterte Menschen ihren Wohlstand mit Überwachungssystemen glauben absichern zu müssen. Hier fühlen sich andere unausgesprochen ausgegrenzt.

Welche Maßnahmen sind vonnöten, um mehr Gerechtigkeit herzustellen und Armut zu beseitigen? Zuerst muss man die bestehenden Gesetze und Bestimmungen konsequent anwenden. Auch in Deutschland gibt es eine Menge Steuerschlupflöcher, die es zu schließen gilt. Unser Land gilt als besonders günstig für Geldwäsche. Ein weiteres Beispiel für die Nachlässigkeit der Bundesregierung ist, wie die kriminellen Machenschaften von Anwaltskanzleien jahrelang geduldet wurden. Steuern, die gar nicht gezahlt wurden, sind so vom Fiskus „zurückerstattet“ worden (CUM-Ex-Geschäfte).

Den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer könnte man durchaus wieder erhöhen, die Erbschaftsteuer ebenso und vor allem sollte man die Vermögenssteuer, seit 1997 ausgesetzt, wieder einführen, wie auch Prof. Schularick¹ von

der Universität Bonn vorschlägt.

Steuerliche Maßnahmen sind aber nur eine von etlichen Möglichkeiten, soziale Gerechtigkeit anzustreben. Die öffentliche Hand benötigt Mittel, um den Umweltschutz, die Verkehrswende voranzubringen, Armut zu verringern, Betreuungseinrichtungen besser auszugestalten, in die Bildungssysteme zu investieren, usw. Dazu kommen neuerdings die enormen finanziellen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise zur Stützung der Wirtschaft. Die Krise hat auch die Erkenntnis zutage gefördert, dass Menschen in Pflegeberufen fehlen und diese unterbezahlt sind. Dies alles muss finanziert werden.

Auf der Internet-Seite von B90/Grüne steht ganz vorne: „Kämpfe mit uns für **mehr soziale Gerechtigkeit**, gelungene Integration und ein Land, in dem alle die gleichen Chancen haben. Für ein Land, in dem Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden und Menschen verschiedener Religion und Herkunft friedlich zusammenleben. Multinationale Unternehmen sollen ihre Steuern zahlen und Reichtum muss gerecht geteilt werden“. <https://www.gruene.de/soziales>

Ich wünschte mir eine mutige grüne Partei, die diese Debatte wieder offensiv führt.

Georg Prüfer-Schönfelder

1 Moritz Schularick: Wer soll das bezahlen? Interview mit Mark Schieritz in DIE ZEIT vom 7.4.2020



322 ist die Zahl am Ostersonntag 2020, soviel Tage nach der Kommunalwahl 2019. So lange ist der neue Gemeinderat im Einsatz oder besser gesagt beim Einlernen.

In fast jeder Sitzung, ob Ausschuss oder Gemeinderat, gibt es Neues zu erlernen. Die Sicherheit nach dem Drücken der Mikrophontaste beim freien Reden, die kommt – langsam und nach der Aufregung. Eine Premiere hatte unsere

Bericht aus der Fraktion

Fraktionssprecherin mit ihrer allerersten Haushaltsrede im November 2019. Eine Rede, die gemeinsam erarbeitet und abgestimmt und mit freudiger Aufregung gehalten wurde. Im Dezember dann wurde der Haushalt, sogar einstimmig verabschiedet. Dabei waren die Vorgespräche und Verhandlungen mit mehreren Akteuren bezüglich der Gewerbesteuererhöhung eine wichtige demokratische Erfahrung.

Die großen Projekte für 2020 waren der neue Verkehrsentwicklungsplan, die Schlossbergbebauung sowie die Umgestaltung der Innenstadt. Der aktuellen Lage geschuldet, gilt es noch zu entscheiden, welche Projekte geschoben, verändert oder vertagt werden. Bereits während der Haushaltsrede wurde beschlossen, dass

eine Solaranlage auf das Dach des renovierten Rathauses kommt. Mit dem Projekt „Twiner“ hat die Verwaltung junge Menschen motiviert in Anlehnung an die Agenda 2030 aus eigenen Ideen nachhaltige Projekte zu entwickeln. So sind einige wunderbare Projekte entstanden: eine Tausch-Kleiderstange, ein Pfandflaschensammler und eine Foodsavergruppe.

Es gilt, sich aktiv um Klimaschutz und grüne Themen zu positionieren. Grün denkende Heidenheimer*innen macht mit! Bringt Ideen, Anregungen, aber auch konstruktive Kritik! Wir sind von euch für euch gewählt, können eure Ideen und Richtungen aber nur umsetzen, wenn wir diese auch kennen. Darauf freuen wir uns und danken euch im Voraus.

Anamari Filipovic

Solarpark Küpfendorf – Bürgerentscheid

Heiß umstritten sind die Planungen für einen Solarpark bei Küpfendorf. Zum ersten Mal findet deshalb ein Bürgerentscheid statt. Gemeinderätin Dr. Mechthild Feist-Dorr nimmt persönlich Stellung. Zudem liegt eine Stellungnahme der Gemeinderäte der Grünen Steinheim vor, die von der Bundestagsabgeordneten Margit Stumpp, dem Landtagsabgeordneten Martin Grath und dem Kreisvorsitzenden von B90/Die Grünen nachdrücklich unterstützt wird.

Am 17. Mai 2020 findet der erste Bürgerentscheid in Steinheim statt. Ein noch ungewohntes demokratisches Verfahren erfährt zusätzliche verschärfte Bedingungen durch die Corona-Pandemie. Die für den 5. Mai vorgesehene Infoveranstaltung, in der die Argumente für ein Für und Wider ausgetauscht werden sollten, kann nicht wie geplant stattfinden – nach Alternativen wird noch gesucht.

Die Gruppierung Grüne und Unabhängige des Steinheimer Gemeinderates spricht sich uneingeschränkt für die weiteren Planungen zum Solarpark in Küpfendorf aus.

Folgende Punkte sind mir wichtig: In der Diskussion wird seitens der Gegner der Anlage argumentiert, mit der Fläche könne Steinheim mit Brot oder Kartoffeln versorgt werden. Energie solle deshalb keinesfalls auf landwirtschaftlichen Flächen produziert werden. Auf dem Küpfendorfer Feld wird schon jetzt auch Energie erzeugt, nämlich Mais für Biogasanlagen, kein Le-

bensmittel also! Mais weist eine deutlich geringerer Effizienz als Solarenergie auf (ca. 1:25)

Es gibt viele Möglichkeiten, regenerativ Energie zu erzeugen. Diese sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie tragen dazu bei, Atomkraftwerke, wie das von Küpfendorf aus sichtbare Gundremmingen, überflüssig zu machen. Vom von Hecken umgebenen und mit blühenden Pflanzen bewachsenen modernen Solarpark kann man dann den „Dinosaurier“ des stillgelegten Atomkraftwerks sehen – eine Vision für die Zukunft!

Während der Nutzung als Solarpark regeneriert der Boden, ein gefahrloser Rückbau ist jederzeit möglich.

Landwirte und Grundbesitzende haben sich bereit erklärt, ihre Flächen für den Solarpark zur Verfügung zu stellen. Die Freiheit dieser unternehmerischen Entscheidung möchte ich als Gemeinderätin nicht einschränken. Es ist nicht nur der Investor, der an dieser Anlage verdient. Erst im Genehmigungsverfahren werden letztlich die öffentlichen und die privaten Belange gegeneinander abgewogen, hier werden die Details der Anlage festgelegt, hier auch besteht die Möglichkeit dafür zu sorgen, dass der Solarpark ein ökologischer Gewinn für Küpfendorf wird.

Ich bin gespannt auf den ersten Bürgerentscheid in Steinheim und hoffe natürlich, dass das Ergebnis am 17. Mai 2020 dazu führt, dass wir am Solarpark weiter planen können!

*Dr. Mechthild Feist-Dorr
Gemeinderätin Steinheim*

Die Gruppierung GRÜNE und Unabhängige steht uneingeschränkt für den geplanten Solarpark Küpfendorf. Der Klimawandel gebietet Eile, alle sinnvollen Potentiale für die regenerative Energieerzeugung vor Ort zu nutzen.

Die Rodungsinsel Küpfendorf bietet ideale Voraussetzungen für einen Solarpark, Ausrichtung nach Süden und die Lage in einer Mulde vor dem Waldrand lassen eine optimale Energieausbeute erwarten.

Ein Hauptargument der Gegner der Anlage ist die geplante Verwendung von Ackerboden. Stattdessen wäre es besser, Fotovoltaik auf Dächern zu installieren. Hierzu bedarf es einerseits der Bereitschaft der Hauseigentümer, die nicht überall gegeben ist, andererseits müssen auch die finanziellen Mittel verfügbar sein. Deshalb müssen auch andere Möglichkeiten umgesetzt werden.

Derzeit wird der Ackerboden durch die landwirtschaftliche Nutzung mehrmals jährlich befahren und verdichtet, Düng- und Spritzmittel werden ausgebracht. Die Nutzung der Ackerflächen für die Ernte von Sonnenenergie dagegen ermöglicht dem darunterliegenden Boden eine mehrere Jahrzehnte dauernde Regeneration und Humusanreicherung. Eine nachfolgende Nutzung als Acker ist bei Bedarf jederzeit wieder möglich. In der Abwägung sollte bedacht werden, dass in Küpfendorf derzeit nicht nur Lebensmittel angebaut werden, sondern auch Energie-mais für Biogasanlagen.

Die geplanten Hecken entlang des Zaunes sind unter dem Aspekt der Biotopvernetzung ideal, sie bieten Rückzugsräume für Pflanzen und Tiere. Die Wiesen- und Ackerlandschaft um Küpfendorf wird dadurch vielfältiger als bisher werden. Nicht zuletzt ist es denkbar, mit speziellen Blümmischungen für Wildbienen eine Verbesserung im Artenschutz zu erreichen. Dieses könnte als Auflage im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.

Der Solarpark wird von unseren örtlichen Abgeordneten der GRÜNEN, Margit Stumpp, MdB und Martin Grath, MdL sowie vom Kreisvorsitzenden Marco Combosch unterstützt. Er ist eine Alternative zu Kohle- und Atomstrom und sorgt für die Gewinnung regenerativer Energien vor Ort – gerade an der Stelle auf der Gemarkung Steinheim, an der das Atomkraftwerk Gundremmingen direkt sichtbar ist.



Könnten in Küpfendorf dereinst auch Schafe grasen wie beim Solarpark Ochsenberg?

Nachruf

Ende 2019 erreichte unseren Kreisverband eine tief traurige Nachricht. Unser langjähriger Weggefährte Jan-Ulrich Rademaker war mit 81 Jahren gestorben. Jan-Ulrich bleibt uns allen als interessierter und engagierter Charakter in Erinnerung.

Seit Anfang der 90er-Jahre war er Mitglied unseres Kreisverbandes und hat sich mit Freude und Tatkraft eingebracht. Bis zu seinem Tod war er Kassenprüfer im Kreisvorstand und 2019 trat er nochmal zur Kreistagswahl an. Nach der Wahl rief er mich an und fragte nach seiner Stimmzahl. Einigermas-



† Jan-Ulrich Rademaker

ßen zufrieden mit dem Ergebnis sagte er bescheiden: „Schön, dass ich euch un-

terstützen konnte!“. Unterstützt hat uns Jan-Ulrich über all die Jahre hinweg. Zu unserem 25-jährigen Jubiläum beispielsweise, hat er aus unserem Archiv eine aufwändige Chronologie zusammengetragen, die für unsere 40-jährigen Feierlichkeiten fortgeschrieben werden konnte. Wir danken ihm von ganzem Herzen für sein Engagement!

Bis ins hohe Alter war Jan-Ulrich interessiert am politischen und gesellschaftlichen Geschehen. Mit ihm haben wir einen besonderen Wegbegleiter und Menschen verloren. Möge er in Frieden ruhen.

Marco Combosch im Namen des Kreisverbandes Heidenheim von Bündnis 90/Die Grünen

Bei Grün dabei, weil...

Hier wollen wir Neumitglieder vorstellen, die kurz und knapp erläutern, warum sie eingetreten sind. Wir starten mit Luca (19):



„2019 entschied ich mich dafür, den Grünen beizutreten, da ich viele politische Entscheidungen, vor allem in Bezug auf den Klimawandel und Europa einfach nicht verstehen konnte. Warum gibt es nicht mehr Gerechtigkeit, mehr Toleranz, mehr Klimaschutz? Aber anstatt gegen die Politik zu demonstrieren, wollte ich verstehen, welche Prozesse, Personen und Konflikte dahinterstecken – in einer Partei, die für möglichst viele meiner Überzeugungen steht, den Grünen“.

Lokal leben und lokal kaufen

„Ein Einzelhandel in der Mitte unserer Städte und Gemeinden ist ein Garant für ein lebendiges Wohnumfeld. Inhabergeführte Unternehmen vor Ort schaffen auch regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir vermeiden durch sie viel Verkehr. Damit helfen sie unsere Umwelt und Lebensqualität zu bewahren.“- Dr. Anton Hofreiter MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

Daher wollen wir auch über die Coronazeit hinaus aufmerksam machen auf die Zusammenhänge zwischen Einkauf und der eigenen Stadt.

„Wollen wir Leben in der Stadt statt Leerstände? Welche Art von städtischem Zentrum wollen wir?“ Das Geschäftsterben wird so weitergehen, wenn die Käuferin/der Käufer nicht versteht, dass sich ein Onlinekauf direkt auf die Einkaufslandschaft vor Ort auswirkt. Daher denken wir aktiv nach, mit unseren Füßen, indem wir in die Innenstadt

kommen mit unserem Geldbeutel, indem wir die Kaufkraft in unserer Stadt lassen, soweit es das Angebot erlaubt.

Anamari Filipovic

Termine

Aufgrund von Corona sind alle Termine bis Ende Mai abgesagt. Es finden in dieser Zeit jedoch Vorstandssitzungen per Videokonferenz statt. Die aktuellen Termine finden sich immer auf unserer Homepage.

- Mi, 13. Mai Vorstandssitzung per Videokonferenz
- So, 31. Mai Grünes Sommerfest mit Cem Özdemir (verschoben auf 2021)
- Do, 4. Juni Nominierungsversammlung zur BTW 2021 (Termin unsicher, aktueller Stand auf unserer Homepage)
- Mi, 10. Juni Vorstandssitzung, Ort wird noch bekannt gegeben
- Juni/Juli Jahreshauptversammlung mit Nominierung zur LTW 2021 (Termin wird noch bekannt gegeben)
- Mi, 15. Juli Vorstandssitzung, Ort wird noch bekannt gegeben

Sollte es bis Ende August nicht möglich sein, Nominierungsversammlungen durchzuführen, werden diese per Briefwahl stattfinden.



Winterwanderung Unter der Führung von Kurt-Martin Hölzle wanderte man nach Niederstotzingen. Dort unterhält der Biobauer, der seit letztem Jahr für B90/Die Grünen im Kreistag sitzt, gemeinsam mit seiner Frau einen Biohof. Die Grünen ließen sich über das Wirtschaften auf dem Hof informieren, insbesondere über die Einschränkungen, die das Wasserschutzgebiet mit sich bringt.

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim, Tel. 07321-3530925

Sprecher: Marco Combosch
m.combosch@web.de, Mobil 0151-64012193

Wenn du zukünftige Ausgaben der GRÜNS per Mail erhalten möchtest, oder keine Ausgabe mehr zugesendet bekommen möchtest, dann melde dich bitte unter info@gruene-heidenheim.de